

Berlin, den 9. November 2011

● Das Betreuungsgeld ist ein familienpolitischer Irrweg

Kurz vor den Parteitagen von CDU und FDP wurde auf dem Koalitionsgipfel am letzten Wochenende noch schnell die Koalitionsarithmetik hergestellt:

Die FDP bekommt ein „Steuer- und ein Pflegereformchen“, die CSU das Betreuungsgeld. Dies ist ein Almosen für Eltern, die der Hausfrauenehe den Vorrang geben, mit dem das Defizit an Betreuungsplätzen für ein- bis dreijährige Kinder übertüncht wird. Der familienpolitische Sinn dieser Leistung, Familien, deren Kinder *keine* Krippe oder Kindertagespflege besuchen, zu stärken, wird von fast allen Experten bestritten.

„Statt 100 bis 150 Euro, die sowieso keine adäquate ‚Anerkennung der Erziehungsleistung‘ darstellen, brauchen Familien eine verlässliche Infrastruktur. Die Milliarden, die für das Betreuungsgeld ausgegeben werden sollen, haben keinerlei nachhaltigen Effekt für die Kinder oder ihre Eltern. Wir brauchen in allen Bundesländern ausreichende und hochwertige Tageseinrichtungen, in denen Kinder spielen, lernen und gemeinsam ihre unterschiedlichen Welten erleben und entdecken können. Eltern müssen darauf vertrauen können, dass ihre Kinder gut betreut und gefördert werden. Das kostet Geld, dafür wären die Milliarden des Betreuungsgeldes gut angelegt“, sagt Christel Riemann-Hanewinkel, die Präsidentin der eaf.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche Deutschlands.

● Christel Riemann-Hanewinkel
Präsidentin

● Dr. Insa Schöningh
Bundesgeschäftsführerin

Auguststraße 80
10117 Berlin
Telefon: 030 | 28 39 54 00
Telefax: 030 | 28 39 54 50
info@eaf-bund.de | www.eaf-bund.de